

Wirtschaft und Gewerbe erhalten aus der FDP die grösste Unterstützung

Welche Parteien haben seit den letzten kantonalen Wahlen die Interessen von Wirtschaft und Gewerbe am ehesten geteilt, welche weniger? Der Abgleich der Abstimmungsparolen mit den Empfehlungen des KMU- und Gewerbeverbandes Kanton Solothurn sowie der Solothurner Handelskammer liefert Antworten auf diese Fragen. Eine weitere Beurteilung der Wirtschaftsfreundlichkeit legitimiert die Analyse des Abstimmungsverhaltens der Mitglieder des Solothurner Kantonsrats bei Geschäften mit wirtschaftspolitischer Relevanz.

Text und Grafiken: Paul Meier

Skeptiker mögen einwenden, es sei nicht das Mass aller Dinge, wofür der Gewerbeverband, die Handelskammer oder auch die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe geradestehen würden. Fakt ist: Der KGV mit seinen rund 3000 und die SOHK mit ihren nahezu 600 Mitgliedern repräsentieren praktisch das gesamte Unternehmertum des Kantons Solothurn – alle Branchen, gewerbliche Betriebe, Industrie, Handel, Dienstleistungen. Ihre Positionen sind breit abgestützt, einerseits durch Entscheidungen in der Präsidentenkonferenz des Gewerbeverbandes, andererseits durch fundierte Stellungnahmen im Vorstand der Handelskammer. Also hat doch Gewicht, was der KGV und die SOHK in die politische Debatte einbringen.

Die Stimmberechtigten folgten grossmehrheitlich den Parolen der Wirtschaftsverbände

Die Stimmberechtigten unseres Kantons wurden vom 7. März 2021, dem Tag der letzten Regierungsrats- und Kantonsratswahlen, bis zum 24. November 2024 an 13 Abstimmungssonntagen zur Urne gebeten. Dabei hatten sie über 39 nationale sowie über 17 kantonale Vorlagen zu entscheiden.

In dieser Zeitspanne veröffentlichte der KGV 29 Parolen zu Bundesvorlagen, die SOHK 30. Je 19 mal gehörten die beiden Wirtschaftsverbände zu den Abstimmungssiegern, zehn beziehungsweise elfmal zu den Verlierern. Eine herbe Enttäuschung war es aus ihrer Sicht, dass das Stimmvolk unter anderem Ja sagte zur Einführung einer 13. AHV-Rente, Nein zu den Änderungen der Bundesgesetze über die Stempelsteuern und die Verrechnungssteuern, zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen, zur Reform der beruflichen Vorsorge und zuletzt zu den beiden Mietrechtsvorlagen sowie zum Ausbaus Schritt 2023 für die Nationalstrassen.

Bei kantonalen Urnengängen nahm der KGV Stellung zu acht, die SOHK zu 13 Geschäften. Fünf dieser Geschäfte wurden im Sinne des Gewerbeverbandes entschieden, acht im Sinne der Handelskammer. Demgegenüber stehen drei beziehungsweise fünf Abstimmungsniederlagen. Der KGV und die SOHK plädierten je für ein Ja zu den Zwillingsinitiativen SO: «Hände weg vom Katasterwert!» und «Hände weg von den Abzügen!» sowie zur 1:85-Initiative. Bekanntlich wurden diese drei Vorlagen verworfen. Anders als von der SOHK erhofft, akzeptierten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Abbau von Schranken beim Staatsbeitrag für Gemeindezusammenschlüsse sowie die Änderung des Gesundheitsgesetzes.

Rot und Grün politisieren in Bundesangelegenheiten exorbitant wirtschaftsfeindlich

Deutliche Konturen in Bezug auf die Wirtschaftsfreundlichkeit der führenden Kantonalparteien resultieren aus der Gegenüberstellung der Abstimmungsparolen mit den Empfehlungen des KMU- und Gewerbeverbandes sowie der Handelskammer. Den grössten Support erhalten Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem bürgerlichen Lager, wenn es darum geht, ihre Interessen in der Politik wahrzunehmen.

So ist es keine Überraschung, dass die FDP. Die Liberalen in der Rangliste der wirtschaftsfreundlichsten Parteien im Kanton Solothurn den Spitzenplatz belegt. Ihre Stellungnahmen sowohl zu eidgenössischen als auch zu kantonalen Abstimmungsvorlagen waren in den vergangenen vier Jahren zu hundert Prozent deckungsgleich mit jenen des KGV. Im Vergleich zu den Positionen der SOHK resultiert eine einzige geringfügige Abweichung. Am 13. Juni 2021 plädierte die

Handelskammer für ein Ja zum Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen. Die Freisinnigen einigten sich auf eine Stimmfreigabe. Der KGV verzichtete darauf, auf die Vorlage einzutreten.

Eine fühlbare Nähe zur Wirtschaft und zum Gewerbe – zwar nicht ganz so «linientreu» wie die FDP – offenbarte die Mitte-Partei. Dreimal beziehungsweise viermal war sie bei nationalen Vorlagen anderer Meinung als der KGV und die SOHK, dreimal beziehungsweise fünfmal bei kantonalen Vorlagen. Einen etwas grösseren Unterschied zur Haltung der Wirtschaftsverbände sieht man in den Parolenspiegeln der Schweizerischen Volkspartei und der Grünliberalen Partei. Im Vergleich zum KGV erreicht die SVP bei Abstimmungen auf Bundesebene eine Übereinstimmungsquote von 76,7, bei kantonalen Urnengängen von 50 Prozentpunkten. 69 beziehungsweise 50 Prozente, so lauten die Quoten der GLP. Die Rechnung im Vergleich zur SOHK ergibt für die SVP Werte von 74,2/60, für die GLP von 70/61,5 Prozenten. Die Positionsbezüge der Sozialdemokratischen und der Grünen Partei müssen vor allem in Bundesangelegenheiten als exorbitant wirtschaftsfeindlich bezeichnet werden. Nur bei knapp jeder zweiten nationalen Vorlage identifizierten sich Rot und Grün mit den Standpunkten des Gewerbeverbandes und der Handelskammer.

In dieser Auswertung sind die Parolen zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2025 mitberücksichtigt, jedoch nicht die Ergebnisse. Diese wurden nach dem Redaktionsschluss dieser «Wirtschaftsflash»-Ausgabe ausgezählt.

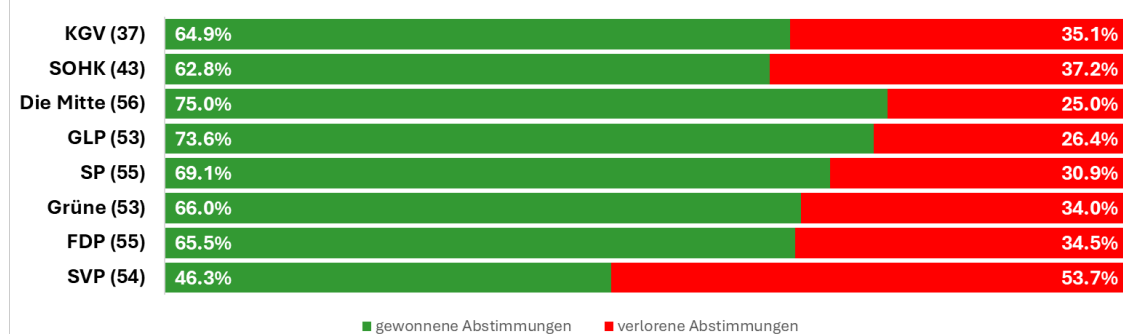
Die SVP agiert im Kantonsrat als Oppositionspartei

2006 initiierten die SOHK und der KGV die Reanimation der vorher ziemlich inaktiven Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe. Dies mit dem Ziel, den Einfluss der wirtschafts- und gewerbenahen Kräfte in der Legislative zu stärken. Aktuell sind 55 Kantonsrätinnen und Kantonsräte Mitglieder der Gruppe W+G. Deren Vorstand bilden sechs Vertreter und eine Vertreterin der SVP, der FDP, der Mitte und der GLP. Vor den einzelnen Sessionen sichtet dieses Gremium die KR-Geschäfte mit wirtschaftspolitischer Relevanz und beschliesst dazu Abstimmungsempfehlungen zuhanden aller Ratsmitglieder. Das Parlament behandelte in der Legislaturperiode 2021-2025 bisher 130 der im Vorstand der Gruppe W+G diskutierten Vorlagen

Die namentlichen Abstimmungsprotokolle legitimieren eine Beurteilung der Wirtschafts- und Gewerbefreundlichkeit der Fraktionen sowie der einzelnen Ratsmitglieder. Anzumerken ist, dass die Ratssitzungen im Jahr 2021 und anfangs 2022 aufgrund der Covid19-Krise «extra muros» durchgeführt wurden und dadurch lediglich summarische Auflistungen der Ratsbeschlüsse verfügbar sind. Die entsprechenden Ergebnisse sind in der vorliegenden Analyse nicht eingeschlossen.

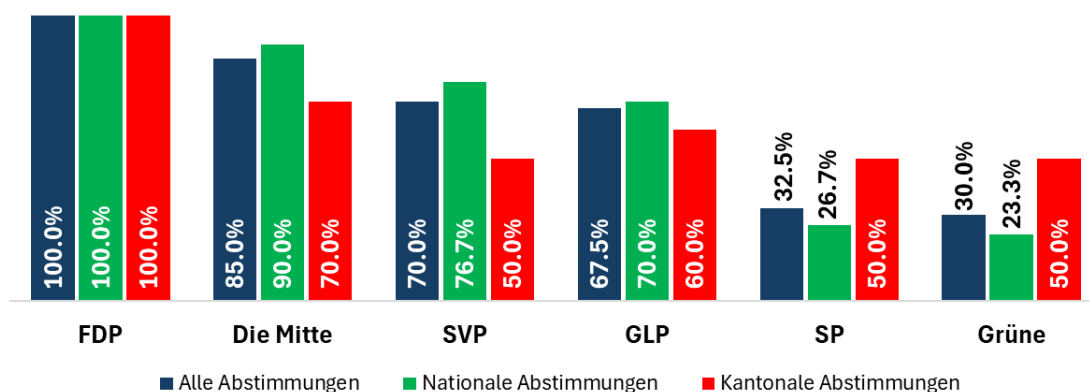
Nimmt man die individuellen Entscheidungen der Volksvertreterinnen und -Vertreter pro oder kontra Gruppe W+G als Gradmesser, so hat sich die FDP/Die Liberalen auch im Kantonsrat als wirtschaftsfreundlichste Partei etabliert. Mit marginalen Abständen folgen ihr die Grünliberalen und Die Mitte auf den Plätzen zwei und drei. Etwas grösser sind die Divergenzen zwischen der SP/Junge SP und den Grünen zum Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe. Als mehr oder weniger ernüchternd empfinden der Gewerbeverband und die Handelskammer das Agieren der SVP. Diese versteht sich nicht nur in Finanzfragen, sondern auch in manchen weiteren Themen als Oppositionspartei. Die Ratsmitglieder der SVP stimmten in der Berichtsperiode öfters als jede andere Fraktion, 37 mal, gegen die Parole der Gruppe W+G. Im Kontext dazu liegen die Zahlen der übrigen Parteien in der Bandbreite des politischen Spektrums: die FDP widersetzte sich viermal, die GLP und Die Mitte/EVP je zehnmal, die Sozialdemokraten und die Grüne Partei je 22 mal den Empfehlungen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe.

Abstimmungsbilanz der Wirtschaftsverbände und der Parteien



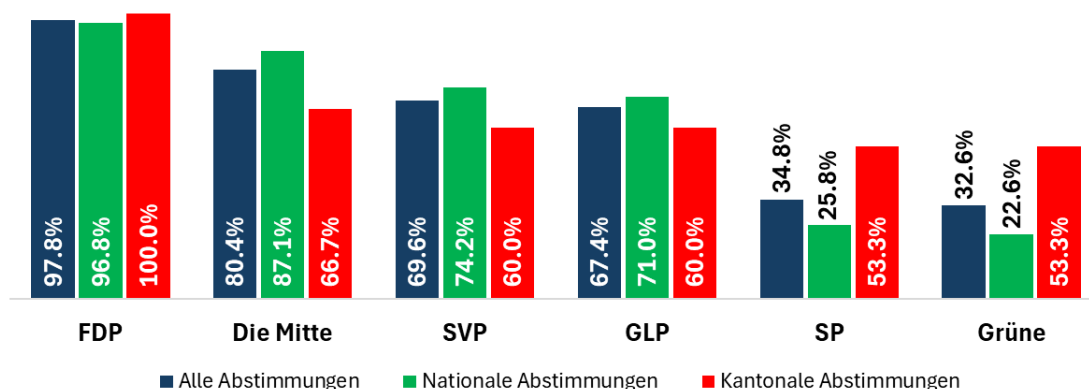
Die Bilanz seit den Wahlen 2021, ohne die Ergebnisse vom 9. Februar 2025, sieht für die Wirtschaftsverbände eher durchgezogen aus. Der KGV erzielte 24 Abstimmungssiege (19 bei nationalen Vorlagen, fünf bei Kantonalen Vorlagen), gleichzeitig kassierte er 13 (10/3) Abstimmungsniederlagen. 27 mal (19/8) entschieden die Stimmberechtigten so, wie die SOHK empfohlen hatte, 16 mal (11/5) das Gegenteil. Die Mitte zählte bei 42 Abstimmungen zu den Siegern, 14 mal zu den Verlierern. Die Resultate der weiteren Parteien: GLP 39/14, SP 38/17, Grüne 35/18, FDP 36/19, SVP 25/29. In Klammern: Anzahl Parolen.

Der Vergleich mit den Parolen des KMU- und Gewerbeverbandes Kanton Solothurn



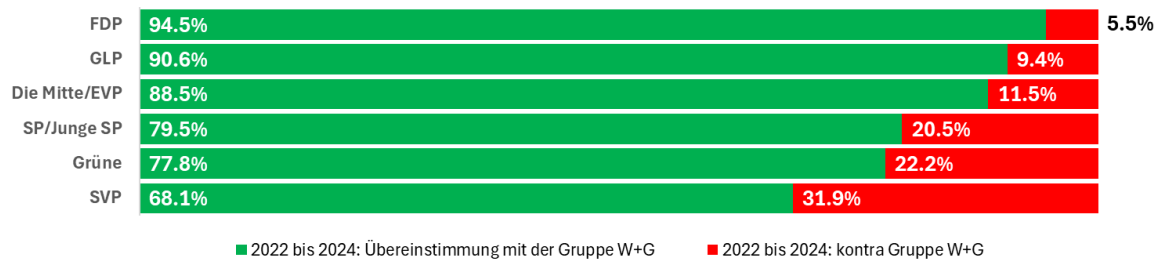
Sowohl bei nationalen wie auch bei kantonalen Abstimmungen kann der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn auf den höchsten Support aus der FDP. Die Liberalen zählen. Die weiteren Plätze belegen die Mitte-Partei mit geringen Differenzen und die SVP sowie die GLP mit etwas grösseren Abständen. Die SP und die Grüne Partei entscheiden grossmehrheitlich gegen die Empfehlungen des Gewerbeverbandes.

Der Vergleich mit den Parolen der Solothurner Handelskammer



Die Abstimmungsparolen der FDP waren – mit einer einzigen Ausnahme – identisch mit jenen der Solothurner Handelskammer. Differenzen erkennt man im Vergleich zur Mitte-Partei, der SVP und den Grünliberalen. Auch diese Grafik illustriert, wie die Linksparteien (SP und Grüne) vor allem in Bundesangelegenheiten exorbitant wirtschaftsfeindlich denken und handeln.

Pro oder kontra Wirtschaft und Gewerbe im Solothurner Kantonsrat



Die FDP, Die Liberalen hat sich auch im Kantonsrat als wirtschaftsfreundlichste Partei etabliert. Das beweist die Analyse des Abstimmungsverhaltens aller Ratsmitglieder bei 130 Geschäften mit wirtschaftspolitischer Relevanz. Ihre Nähe zu Wirtschaft und Gewerbe belegen auch die GLP und Die Mitte/EVP-Fraktion mit ihren Quoten. Als mehr oder weniger ernüchternd empfinden die SOHK und der KGV das Verhalten der SVP. Diese versteht sich nicht nur in Finanzfragen als Oppositionspartei.